

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848-48 ppbn d

Inhalt

34. Jahrgang / 156

16. August 1985

Heinz Westphal MdB zu den
Angriffen des CDU-MdB
Häfele auf Karl-Otto Pöhl:
Wie ein Elefant im Por-
zellanladen.

Seite 1/2

Hans Batz MdB setzt sich
für ein Verkehrsbewußt-
sein ein, das auch dem
Menschen wieder mehr
Raum gibt.

Seite 3

Ulrich Lang MdL be-
schreibt ein Musterbei-
spiel für grundsatzlo-
ses Taktieren der Re-
gierung Späth: Lehrer-
entlaß-Aktion per Brief-
drucksache.

Seite 4/5

Wie ein Elefant im Porzellanladen

Die Kampagne des Abgeordneten Häfele gegen Karl-Otto Pöhl

Von Heinz Westphal MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises öffentliche Finanzwirtschaft
der SPD-Bundestagsfraktion

Es ist schon abenteuerlich, wie die CDU/CSU mit dem un-
deligen Ruf von Personen umgeht, die ihr nicht ins partei-
politische Konzept passen: Obwohl es um eine der wichtigsten
Personalentscheidungen für die Bundesrepublik geht, - näm-
lich die Bestellung des Nachfolgers von Bundesbankpräsident
Emminger - und jeder weiß, daß zur Vorbereitung dieser noch
nicht getroffenen Entscheidung nicht nur ein hohes Maß an
politischem Fingerspitzengefühl nötig ist, sondern auch
Gespräche erforderlich sind, bei denen Parteigänger nicht
übersprungen werden, trampelt Herr Häfele, Finanzpolitiker
Sprecher der Unionsfraktion, wie ein Elefant im Porzellan-
laden zu seinem Auftritt auf die Szene, um an dem durch
öffentlich gemachten Brief an Bundesfinanzminister
einem Kandidaten zu warnen, dem nur Herr Späth als
Büchsenspanner nicht mögen.

Das Argument, auf das Herr Häfele sich gegen die Ernennung
des jetzigen Vizepräsidenten der Bundesbank, Karl-Otto Pöhl,
beziehen will, liefert er sich selbst: "Schon vor Antritt

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

des Verdachts, der kommende Chef der Deutschen Notenbank sei nicht ein unabhängiger 'rocher de bronze', viel mehr ein parteipolitisch und von der Regierung Abhängiger, ist Gift für das Vertrauen in die Unabhängigkeit der Bundesbank." Diese unerträgliche Unterstellung der einseitigen Abhängigkeit eines Mannes, der sein Amt als Vize von Bankchef Emminger seit einer Reihe von Jahren mit hohem Sachverstand und - ebenso wie Präsident Emminger - in untadeliger Weise unabhängig von Regierungs- und Parteauffassungen im Sinne des Bundesbank-Gesetzes ausgefüllt hat, kommt eben nur bei parteipolitisch CDU/CSU-gebundenen Sprechern vor.

Nur dieser Herr Häfele hat nämlich (neben unqualifizierten Äußerungen von Strauß) schon 1977 für eine spätere Ernennung Pöhl's den "Widerstand der CDU/CSU" angekündigt und scheut sich nicht, diese parteipolitische Einseitigkeit nun auch noch in offene Briefe zu schreiben. (Man stelle sich einmal den Wirbel vor, wenn ein Sozialdemokrat zu irgendeinem Zeitpunkt Zweifel an der parteipolitischen Unabhängigkeit des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts geäußert hätte, der einmal CDU-Innenminister dieser Republik gewesen ist!)

Es bleibt - da der Vorgang Offener Brief des Herrn Häfele nicht ungeschehen gemacht werden kann - nur die Möglichkeit, diesem pressesüchtigen Mann zu empfehlen, er solle sich schämen (wenn er das kann) für diesen vaux pas. Wir registrieren inzwischen das außerordentlich positive Urteil über die Qualifikation von Karl-Otto Pöhl im deutschen Blätterwald aller Couleur und warten in Ruhe die von Herrn Häfeles Ausfällen unabhängige Entscheidung der Bundesregierung ab. (-/16.8.1979/ks/ca)

+ + +

Umweltbewußte Verkehrspolitik

Für ein Verkehrsbewußtsein, das auch dem Menschen wieder mehr Raum gibt

Von Hans Batz MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Verkehr

Über 3.000 Kilometer an neuen Autobahnen und Bundesstraßen sind aus dem neuen Fernstraßen-Bedarfsplan herausgestrichen worden. Während die Umweltschützer frohlockten, haben die Auto- und Straßenlobbyisten die Kunde mit Zähneknirschen vernommen. Ist der Bundesverkehrsminister etwa zu den Grünen übergelaufen? Zeigen ihm die kilometerlangen Schlangen auf bundesdeutschen Autobahnen in der Ferienzeit nicht deutlich, daß unsere Republik mehr Betonpisten, mehr Fernstraßen bitter nötig hat?

Nun, so einfach läßt sich die drastische Zurücknahme der ehrgeizigen Ausbaupläne der Verkehrsexperten nicht erklären. Immerhin waren an der Kurskorrektur die Verkehrspolitiker aller Bundesländer und aller Parteien beteiligt. Und alle waren sich darin einig, daß der Fernstraßenbau der achtziger Jahre unter dem Leitsatz "Mehr Qualität statt Quantität" stehen sollte. Mehr Geld soll für die Substanzerhaltung und Erweiterung bestehender Straßen ausgegeben werden. Der Lärmschutz, umweltpolitische Aufgaben erster Ordnung, soll verbessert werden.

Die Signale stehen, auch im Fernstraßenbau, jetzt auf mehr Lebensqualität. 3.000 Kilometer eingesparte Autobahnkilometer bedeuten 3.000 Kilometer weniger zerstörte Natur, weniger Lärm. Wer den Entschluß des Verkehrsministers und seiner Länderkollegen wie der ADAC als "Tiefschlag gegen die Verkehrssicherheit" abqualifiziert, der legt eine geradezu böswillige Borniertheit an den Tag. Als hinge die Sicherheit auf unseren Straßen ausschließlich von einem Kilometer-Zuwachs unserer Autobahnen ab.

Einen kleinen Dämpfer müssen allerdings alle diejenigen hinnehmen, die meinen, daß mit den eingesparten Strecken auch ungeheure Summen für andere Aufgaben frei werden. Für die gestrichenen Kilometer gab es nur eine vorläufige Finanzplanung. Die angeblich freiwerdenden 17 Milliarden DM stehen daher nur auf dem Papier. Sicher ist jedoch, daß es in den kommenden Jahren auch zu einer qualitativen Umschichtung in den Verkehrshaushalten kommen wird. Es wird mehr Geld zur Verfügung stehen für die Beseitigung von Unfallschwerpunkten und schienengleichen Bahnübergängen. Von einer Vernachlässigung der Verkehrssicherheit kann also überhaupt keine Rede sein.

Aus meiner Sicht wird künftige, umweltbewußte Verkehrspolitik sich mehr der Verkehrsberuhigung in unseren Städten widmen und - parallel dazu - die Probleme des öffentlichen Nahverkehrs immer mehr ins Zentrum der Bemühungen stellen. Die Verkehrspolitik in unserem Land ist auf neuem Kurs: Weg von der rückhaltlosen Vergütterung des Automobils hin zu einem Verkehrsbewußtsein, das auch dem Menschen wieder mehr Raum gibt.

(~/16.8.1979/ks/ca)

+ + +



Lehrerentlaß-Aktion per Briefdrucksache

Musterbeispiel für grundsatzloses Taktieren der Regierung Späth

Von Ulrich Lang MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg

Die gewaltige Lehrerentlaß-Aktion, mit der die baden-württembergische Landesregierung kurz vor den Sommerferien die Lehrer, Eltern und Schüler überraschte, entwickelt sich immer mehr zu einem Musterbeispiel für das grundsatzlose Taktieren, das für die Regierung Späth typisch ist.

Zunächst ist es wichtig, daran zu erinnern, daß die Landesregierung 1976 die Legislaturperiode angetreten hat mit dem Versprechen, bis 1980 keine weitere Planstelle im öffentlichen Dienst zu schaffen. Unter dem Eindruck heftiger Elternproteste ist die Regierung in den folgenden Jahren dann mehr und mehr von diesem Grundsatz abgerückt und hat, wenngleich auch immer nur sehr zögernd, dem Druck der Opposition und der öffentlichen Meinung nachgegeben und im begrenzten Umfang immer wieder zusätzliche Lehrstellen geschaffen. Kurz vor den Sommerferien dieses Jahres hat dann die Regierung in einer Nacht- und Nebelaktion 1.800 Lehrer, die eben das zweite Examen bestanden hatten, per Briefdrucksache auf die Straße gesetzt. Dabei war jedem Kundigen klar, daß die Regierung einen großen Teil dieser Entlassenen zum neuen Schuljahr 1979/80 brauchen würde, selbst wenn man nur ihre eigenen niederen Bedarfsannahmen zugrunde legen würde.

Die Zahl 1.800 war nämlich die rein rechnerische Differenz zwischen Stellenentwicklung und Ersatzbedarf einerseits und den Neuzugängen andererseits. Seit Jahren zeigte sich aber regelmäßig zu Beginn jedes Schuljahres, daß der tatsächliche Bedarf wesentlich höher war. Daß seit 1977 Jahr für Jahr mehr Lehrer gebraucht wurden, als die Landesregierung angenommen hatte, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß ihre Annahmen über die ausscheidenden Lehrer viel zu niedrig angesetzt waren.

Selbst wenn man also die restriktiven Annahmen der baden-württembergischen Landesregierung zugrunde legt, war diese Aktion weit überzogen. Wenn man nach den Motiven fragt, die dieser brutalen Maßnahme zugrunde gelegen haben mögen, dann bieten sich vor allem zwei Antworten an: Offenbar wollte die Regierung zum einen in erheblichem Maße die Auszahlung von Gehältern im Monat August einsparen. Zum anderen hatte sie wohl die Absicht unter Junglehrern und Studierenden einen Schock auszulösen, um vom Lehrstudium abzuhalten. Die Landesregierung wird kalkuliert haben, daß diese Aktion am letzten Schultag unter den Betroffenen wohl keine große Unruhe würde auslösen können.

Es kam dann aber doch zu einem gewaltigen Proteststurm. In unzähligen Resolutionen und Demonstrationen setzten sich die betroffenen Eltern vor allem zur Wehr. Zum Teil spielten sich bei den Verabschiedungsveranstaltungen an den Schulen erschütternde



Szenen ab. Unter dem Eindruck dieser öffentlichen Proteste hat dann das Schulministerium nach drei Tagen 200 zusätzliche Stellen für soziale Härtefälle genehmigt. Im gesamten Ablauf der Entscheidungen der vergangenen Wochen ist dies wohl der bedrückendste Vorgang. Es ist kaum vorstellbar, daß der Regierung nicht schon an dem Tage, als die 1.800 Lehrer entlassen wurden, klar gewesen sein soll, daß soziale Härten entstehen, wenn zum Beispiel Alleinverdienende mit Kindern auf die Straße gesetzt werden. Daß das Schulministerium nach drei Tagen unter dem Druck der öffentlichen Meinung sein soziales Gewissen entdeckt, spricht für sich. Als das öffentliche Aufbegehren dadurch nicht zu besänftigen war, schaltete auch der Ministerpräsident um, der bis dann alle Versuche des Schulministers, mehr Planstellen im Haushaltsplan unterzubringen, hart abgeblockt hatte. Er kritisierte in einer Pressekonferenz das unmenschliche Verfahren, das das Schulministerium bei der Entlassungs-Aktion praktiziert hatte. Seitdem ist die Regierung dabei, ihren Standpunkt ratenweise zu modifizieren. Mitte August sieht es so aus, daß etwa die Hälfte der ursprünglich abgelehnten Lehrer eine Mitteilung darüber bekommen haben, daß sie doch beschäftigt werden können.

Auch die CDU-Fraktion, die bis dahin hart alle Forderungen zur Ausweitung der Stellenpläne abgelehnt hatte, beginnt plötzlich, unter dem Eindruck der öffentlichen Meinung, sich kritisch vom Schulministerium abzusetzen. Welche Wechselbäder die betroffenen Junglehrer bis zum Beginn des neuen Schuljahres noch zu überstehen haben, ist im Augenblick nicht übersehbar.

Die baden-württembergische Landesregierung hält den Ausbau des Bildungswesens grundsätzlich für unerwünscht. Dies hat sie in mehreren Erklärungen seit Jahren deutlich gemacht. Andererseits hat sich immer wieder gezeigt, daß sie bereit ist, unter dem Druck der öffentlichen Meinung, soweit dies eben unvermeidlich ist, nachzugeben. Es wäre nicht das erste Mal, daß sich die baden-württembergische Landesregierung zu Beginn des neuen Schuljahres für Teilkorrekturen eines von ihr selbst verursachten Übels geradezu auch noch feiern lassen will. (-/16.8.1979/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

